

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

FRAGEBOGEN-AUSZUG

Verfassung des Kantons Aargau; Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und der Justizleitung (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG); Änderung

Details

Datum des Auszugs

30.12.2020 14:34

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Verfassung des Kantons Aargau; Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und der Justizleitung (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 25.09.2020 bis 31.12.2020.

Inhalt

Die vorliegende Revision beinhaltet im Wesentlichen zwei Themen: Einerseits soll neu die Möglichkeit einer Vertretung von Parlamentsmitgliedern auf Kantonsebene bei deren längerfristiger Abwesenheit geschaffen werden. Andererseits sollen differenziertere Regelungen für die Behandlung und Erledigung überwiesener parlamentarischer Vorstösse im Grossen Rat erlassen werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Frank Klein

Leiter Rechtsdienst

Generalsekretariat

062 835 14 12

frank.klein@ag.ch

Besten Dank für Ihre Mitarbeit. Mit einem Klick auf die Schaltfläche "Weiter" gelangen Sie auf die nächste Seite.

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für sämtliche Anhörungseinladungen verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)
E-Mail	info@aihk.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	David Sassan
Nachname	Müller
E-Mail	david.mueller@aihk.ch

Fragen zur Anhörung

Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Einführung einer Vertretungsregelung für die Mitglieder des Grossen Rates einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Grundsätzlich erheben wir keine Einwände gegen die vorgeschlagene Lösung, da damit die von den Wählerinnen und Wählern gewünschte Zusammensetzung des Parlaments auch bei einer längeren Verhinderung eines Ratsmitglieds gewahrt werden kann. Gleichzeitig möchten wir aber auch anregen, dass die mit der Digitalisierung einhergehenden Möglichkeiten zu prüfen sind, um Vertretungen, insbesondere bei Militär- oder Zivildienstleistung von Mitgliedern des Grossen Rates, wenn irgendwie möglich zu vermeiden. So sollte geprüft werden, ob gerade bei Militärdienst- oder Zivildienstleistung nicht auch allenfalls eine elektronische Abstimmung von ausserhalb des Grossratessaals in Frage käme. Nicht geregelt in §7a GVG ist, wie es mit der Vertretung in den Kommissionen aussieht.

Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass die Auswahl der Vertretung im Grundsatz nach den Regeln über das Nachrücken bestimmt wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden

- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 3

Sind Sie damit einverstanden, dass die Vertretung nur aus bestimmten, abschliessend festgelegten Gründen zulässig sein soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 4

Sind Sie mit der Minimaldauer der Vertretung von drei Monaten einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 5

Sind Sie mit der Maximaldauer der Vertretung von einem Jahr einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 6

Sind Sie damit einverstanden, dass die längerfristig verhinderte Person frei über die Bestellung einer Vertretung entscheiden kann?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Ist ein Ratsmitglied länger verhindert, wird diese Person in den allermeisten Fällen zurücktreten.

Frage 7

Sind Sie damit einverstanden, dass auf eine Vertretungsregelung für die Mitglieder der Einwohnerräte verzichtet wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Für Mitglieder von Einwohnerräten wären analoge Regeln sinnvoll.

Frage 8

Falls Sie demgegenüber die Einführung einer Vertretungslösung für die Mitglieder der Einwohnerräte befürworten: Sind Sie mit der im Anhörungsbericht aufgezeigten Lösungsvariante einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 9

Sofern für die Umsetzung eines parlamentarischen Vorstosses ein formeller Rechtsetzungsprozess notwendig ist: Sind Sie mit dem Zeitpunkt der Vorlage der regierungsrätlichen Botschaft an den Grossen Rat für die 1. Lesung (respektive im Fall eines Dekrets für die einzige Lesung) als Erledigungszeitpunkt einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Mit Vorlage des Botschaftsentwurfs für die 1. Lesung hat die Regierung ihre Aufgabe zur Erledigung eines parlamentarischen Vorstosses weitestgehend erfüllt. Insofern ist die vorgeschlagene Regelung aus Sicht der Regierung nachvollziehbar. Vom Gesetzgebungsablauf her ist als Erledigungszeitpunkt hingegen eher auf die Vorlage der regierungsrätlichen Botschaft zur 2. Lesung abzustellen. Allerdings ist das im Anhörungsbericht angeführte Argument, dass der Regierungsrat auf den parlamentarischen Prozess nur bedingt Einfluss nehmen kann und deshalb auf ersteren Zeitpunkt abzustellen ist, zutreffend. Wir verzichten daher auf eine Positionierung.

Frage 10

Sind Sie mit der Verkürzung der Erledigungsfrist bei parlamentarischen Vorstössen, für welche kein formeller Rechtsetzungsprozess für die Umsetzung notwendig ist, von drei auf zwei Jahren einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 11

Sind Sie damit einverstanden, dass die Erledigungsfrist bei parlamentarischen Vorstößen, für welche ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren für die Umsetzung notwendig ist, bei drei Jahren belassen wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Frage 12

Begrüssen Sie die Verbesserung der Transparenz bei der Kommunikation überfälliger parlamentarischer Vorstösse und beim digitalen Zugang zur Geschäftsdatenbank des Grossen Rats?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Keine

Schlussbemerkungen